

Antrag

der Abg. Silke Gericke und Stefanie Seemann u. a. GRÜNE

Frauen gehen schon ihren Weg – gute Planung für geschlechtergerechte Mobilität und mehr Sicherheit

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. welche wesentlichen Erkenntnisse sie aus der im September 2025 vom Ministerium für Verkehr veröffentlichten Studie „Gleichstellung in der Mobilität – Daten und Handlungsfelder zu Mobilitätsbedürfnissen und Sicherheit“ für die Weiterentwicklung einer sicheren, leistungsfähigen und alltagstauglichen Mobilität in Baden-Württemberg zieht;
2. welche weiteren Erkenntnisse sie aus dem daran anschließenden Workshop „Gleichstellung in der Mobilität – Anregungen aus einem Workshop mit Expertinnen und Experten“ für die Weiterentwicklung einer sicheren, leistungsfähigen und alltagstauglichen Mobilität in Baden-Württemberg zieht;
3. welche Schlussfolgerungen die Landesregierung aus diesen Erkenntnissen für die Weiterentwicklung der Mobilitätspolitik des Landes zieht und welche Empfehlungen bereits in Strategien, Förderprogramme, Erlasse, Handlungsempfehlungen, Projekte oder Planungsgrundlagen eingeflossen sind beziehungsweise sich derzeit in Umsetzung befinden;
4. welche Bedeutung die Landesregierung den unterschiedlichen Mobilitäts- und Risikoprofilen von Frauen, Männern sowie Menschen aller Geschlechtsidentitäten für die Verkehrsplanung, die Verkehrssicherheit sowie die Weiterentwicklung der Vision-Zero-Strategie beimisst;
5. welche Erfahrungen aus Modellprojekten, kommunalen Vorhaben und Pilotprojekten in Baden-Württemberg ihr bereits vorliegen, welche Ansätze sich bewährt haben und wie erfolgreiche Lösungen künftig breiter nutzbar gemacht werden können;
6. welche Erfahrungen aus Modellprojekten, kommunalen Vorhaben und Pilotprojekten aus anderen Ländern oder im Bund ihr bereits vorliegen, welche Ansätze sich bewährt haben und wie erfolgreiche Lösungen künftig breiter nutzbar gemacht werden können;
7. wie die Landesregierung Kommunen, Verkehrsunternehmen und weitere Mobilitätsakteure dabei unterstützt, die Erkenntnisse aus der Studie und dem Workshop praxisnah in Planungs- und Entscheidungsprozesse einzubeziehen;
8. welche Bedeutung die Landesregierung der Aufnahme der Studie „Gleichstellung in der Mobilität – Daten und Handlungsfelder zu Mobilitätsbedürfnissen und Sicherheit“ als bundesweites Best-Practice-Beispiel durch die Bundesstiftung Gleichstellung für die Weiterentwicklung der Mobilitätspolitik in Baden-Württemberg beimisst;
9. welche weiteren Handlungsbedarfe sie sieht, um Mobilitätsangebote künftig noch stärker an den unterschiedlichen Lebensrealitäten der Menschen auszurichten und dadurch Sicherheit, Teilhabe sowie die Leistungsfähigkeit des Mobilitätssystems weiter zu stärken;

10. welche Maßnahmen die Landesregierung bis zum Ende der Legislaturperiode vorsieht, um die Erkenntnisse aus der Studie und dem Workshop gemeinsam mit Kommunen, Wissenschaft, Verkehrsunternehmen und weiteren Akteuren weiterzuentwickeln und in die Praxis zu überführen.

10.8.2026

Gericke, Seemann, Eichin, Günter, Gürbüz, Hentschel, Joukov, Katzenstein, Nüssle, Tuncer, Wiech GRÜNE

Begründung

Mit den Veröffentlichungen „Gleichstellung in der Mobilität – Daten und Handlungsfelder zu Mobilitätsbedürfnissen und Sicherheit“ sowie „Gleichstellung in der Mobilität – Anregungen aus einem Workshop mit Expertinnen und Experten“ liegen für Baden-Württemberg fundierte Erkenntnisse darüber vor, wie sich Mobilitätsverhalten und Mobilitätsbedürfnisse von Frauen und Männern unterscheiden und welche Schlussfolgerungen sich daraus für die Weiterentwicklung der Mobilitätspolitik ergeben. Die Untersuchungen zeigen unter anderem Unterschiede bei Wegeketten, der Verkehrsmittelwahl, der Nutzung des öffentlichen Verkehrs sowie beim Sicherheitsgefühl im öffentlichen Raum. Diese Erkenntnisse eröffnen die Möglichkeit, Infrastruktur, Mobilitätsangebote und Planungsprozesse noch stärker an den tatsächlichen Anforderungen des Alltags auszurichten und dadurch Sicherheit, Erreichbarkeit und Alltagstauglichkeit weiter zu verbessern.

Die Verkehrssicherheitsarbeit des Landes berücksichtigt bereits geschlechterspezifische Unterschiede dort, wo sie für die Wirksamkeit von Präventionsmaßnahmen von Bedeutung sind. Die aktuelle Arbeit des Verkehrsministeriums knüpft an diesen Ansatz an und verdeutlicht, dass zielgruppengerechte Maßnahmen einen wichtigen Beitrag zur Vision Zero leisten können. Die Erkenntnisse der Mobilitätsstudien bieten die Chance, diesen praxisorientierten Ansatz auch für die Weiterentwicklung der Mobilitätsplanung und der Mobilitätsangebote zu nutzen. Die Aufnahme der Studie als bundesweites Best-Practice-Beispiel durch die Bundesstiftung Gleichstellung (vgl. Pressemitteilung des Statistischen Landesamtes vom 10.7.2026) unterstreicht die Qualität der erarbeiteten Grundlagen und ihre Bedeutung über Baden-Württemberg hinaus.

Der Antrag soll die wesentlichen Erkenntnisse der Studien zusammenführen, ihren Nutzen für eine moderne Mobilitätspolitik aufzeigen und Impulse geben, wie diese Erkenntnisse gemeinsam mit Kommunen, Verkehrsunternehmen und weiteren Akteuren schrittweise in die Praxis überführt werden können. Ziel ist eine Mobilitätspolitik, die Sicherheit für alle stärkt, den Alltag der Menschen erleichtert und Baden-Württemberg als leistungsfähigen und zukunftsfähigen Mobilitätsstandort weiterentwickelt.